

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: [www.roderich-kiesewetter.de](http://www.roderich-kiesewetter.de)

Wahlkreisbüro:  
Beinstraße 44  
73430 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
[roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de](mailto:roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de)  
<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>  
<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



# Kiesewetter kompakt

05/2013

## Große Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung / Persönliche Notizen

---

Deutschland muss „mit gutem Beispiel vorangehen“ – Kritik an Blockade von Rot-Rot-Grün im Bundesrat

Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch die Eckwerte für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 beschlossen. Anschließend informierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Haushaltsausschuss. Zu den Eckwerten erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Die Eckwerte zeigen die großen Erfolge der schwarz-gelben Koalition bei der Haushaltskonsolidierung: 2014 erreichen wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die ursprünglich für 2014 geplante Neuverschuldung wird von 13,1 Mrd auf 6,4 Mrd € gedrückt. Und ab 2015 wird der Bund keine neuen Schulden mehr machen, sondern mit der Altschuldentilgung beginnen.“

Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel propagieren stattdessen in dem am Montag dieser Woche vorgestellten Wahlprogramm der SPD zur Haushaltskonsolidierung nur wachstumsfeindliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Und in NRW hat Rot-Grün sogar drei Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. ,

Die Koalition zeigt indes, dass der Bundeshaushalt auch ohne wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Maßnahmen auf hervor-

ragendem Weg ist und die Schuldenbremse übererfüllt werden kann. Ein wesentlicher Grund für diese Erfolge ist die strikte Ausgabendisziplin. 2014 will der Bund rund 297 Mrd € ausgeben und damit gut 5 Mrd € weniger als in diesem Jahr und sogar 10 Mrd € weniger als im vergangenen Jahr. Bei steigenden Steuereinnahmen ist das eine besondere Leistung, weil die Wünsche nach Mehrausgaben normalerweise überproportional steigen.

Diese Tatsachen widersprechen auch der Behauptung der Opposition, dass der Koalition die Haushaltserfolge in den Schoß fallen. „National werden wir die erfolgreiche wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen und die richtigen Ausgabenschwerpunkte wie im Bereich Bildung und Forschung und bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beibehalten“, so Barthle weiter. „Damit wir in den Folgejahren mit der Tilgung der Altschulden beginnen können, brauchen wir weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den Weg der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers zur Stabilisierung der Eurozone weiter unterstützen.“ Abgeordnete der Unionsfraktion haben ebenfalls an diesem Mittwoch anlässlich einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat scharf kritisiert, weil diese die Umset-

zung des europäischen Fiskalpaktes in nationales Recht blockiert. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte, es werfe ein seltsames Licht auf Deutschland, wenn es in Europa für stabile Finanzen eintrete, aber wegen des Föderalismus zu Hause ein entsprechendes Gesetz nicht umsetze. Der Bund werde aber unabhängig von den „taktischen Spielchen der Länder“ seine Verpflichtungen in Europa einhalten, versprach Kampeter. Hintergrund: Der Fiskalpakt, den alle EU-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Tschechien vereinbart haben, sieht strikte Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich besonders für den Fiskalpakt als Gegenstück zum europäischen Rettungsschirm stark gemacht. Da 17 der beteiligten 25 EU-Mitglieder den Fiskalpakt ratifiziert haben, ist er formal bereits in Kraft.

Die Länderkammer, in der seit der Niedersachsen-Wahl SPD, Grüne und Linke die Mehrheit haben, lehnt das Gesetz zur Umsetzung des Fiskalpaktes nun ab. Nun müssen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach einem Kompromiss suchen. Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg und Vorsitzende des Vermittlungsausschusses, Thomas Strobl, wies warnend darauf hin, dass Europa momentan in einer kritischen Phase der Krisenbewältigung sei: Deutschland müsse daher bei der Umsetzung des Fiskalpaketes „mit gutem Beispiel vorangehen“, sagte er. Nur so könne der Umsetzungsdruck auch in anderen Euro-Staaten erhalten werden; nur so könnten diese dazu bewegt werden, ihre Haushalte zu konsolidieren und Schulden abzubauen. Angesichts dessen sei es ein „politisches Trauerspiel“ und „unerträglich“, dass Rot-Rot-Grün die Länderkammer für parteipolitische Interessen missbrauche, ihrer Verantwortung nicht gerecht werde und falsche Signale in Richtung Europa sende, sagte Strobl.

### **Klares Bekenntnis zu Stuttgart 21**

Nach der Entscheidung des Bahn-Aufsichtsrates zum Weiterbau von Stuttgart 21 am 5. März 2013 haben an diesem Mittwoch auf Wunsch der Koalition im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Bundesverkehrsminister

Peter Ramsauer, der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Utz-Hellmuth Felcht sowie der Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube über die Kostenentwicklung beim Bahnprojekt Stuttgart 21 berichtet.

Nach der Sitzung erklärte der zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion Stefan Kaufmann: „Wer bestellt, muss auch zahlen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner – das Land Baden-Württemberg, den Verband Region Stuttgart und die Stadt Stuttgart – auf, die Verantwortung für die Mehrkosten zu übernehmen. Aufgrund der Schlichtungsgespräche mit Heiner Geißler und des Filderdialogs sind weitere Wünsche an das Bauprojekt in einer Bausumme von 300 Mio € entstanden – diese Mehrkosten müssen solidarisch getragen werden. Sonst müssten die Projektpartner den Menschen in der Region eingestehen, welche Bauvorhaben storniert werden müssten: die zweigleisige westliche Anbindung des Flughafenbahnhofs, die Ausrüstung aller Strecken mit doppelter Leitungs- und Sicherungstechnik, der Erhalt der Gäubahn mit Anbindung an den Bahnknoten Stuttgart. 240 Mio zusätzliche Kosten entstehen allein aus dem Filderdialog. Hier hat die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in einem komplizierten Verfahren Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich an den Planungen für einen verbesserten Abschnitt auf den Fildern zu beteiligen – mit dem Ergebnis einer weitaus teureren Variante, die die Verlegung des geplanten Flughafenbahnhofs fordert. Es ist politischer Opportunismus, sich mit den Lorbeeren einer erfolgreichen Schlichtung und des Filderdialogs zu schmücken, die finanziellen Konsequenzen jedoch an die Deutsche Bahn und den Bund abzuschieben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen.“

Hintergrund: CDU und CSU begrüßen das klare Bekenntnis zum Weiterbau von Stuttgart 21. Die Union steht zu Stuttgart 21 als einem Bauprojekt im nationalen und europäischen Interesse und mit einer enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Der Bund, die Koalition und die Verantwortlichen bei der Bahn sind sich aber darin einig,

dass die Mehrkosten bei Stuttgart 21 nicht allein von der Bahn zu tragen sind.

### **Teilzeitarbeit darf nicht in die Sackgasse führen**

Spitzen aus Bundesregierung, Gewerkschaften und Wirtschaft haben an diesem Dienstag beim Familiengipfel Maßnahmen zur Arbeitsplatzgestaltung beraten. Anlässlich dieser Veranstaltung sprach sich der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß für einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitstelle aus: „Das geltende Teilzeitrecht muss den Wünschen der Beschäftigten und den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt Rechnung tragen. Daher sind Änderungen notwendig. Fast zwei Mio der Teilzeitbeschäftigten würden gerne mehr arbeiten. Dieses Wertschöpfungspotential bleibt bisher ungenutzt. Dabei brächte ein Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitstelle Vorteile sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber. Daher sollte Teilzeit nicht wie bisher für unbestimmte Zeit, sondern für eine vereinbarte zeitlich begrenzte Dauer in Anspruch genommen werden. Teilzeitbeschäftigte wären berechtigt und verpflichtet, nach deren Ablauf auf ihren Stellenumfang zurückzukehren. Dies bringt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber die benötigte Planungssicherheit. Damit Arbeitgeber nicht unzumutbar belastet werden, könnte die Arbeitszeitaufstockung dann abgelehnt werden, wenn dringende betriebliche Gründe entgegenstehen. Die oftmals geltende Regel einmal Teilzeit – immer Teilzeit muss durchbrochen werden. Für Väter und Mütter, die einige Jahre ihre Arbeitszeit reduzieren, um sich intensiver um die Kindererziehung zu kümmern, darf Teilzeitarbeit nicht in die Sackgasse führen. Vor allem Frauen hindert Teilzeitarbeit an einem weiteren Erwerbs- und Karriereverlauf und einer guten Alterssicherung. Hier böte der Rechtsanspruch, zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren oder Arbeitszeit aufzustocken, Hilfe.“

### **Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022**

Anlässlich einer Regierungserklärung zum Netzausbau bekräftigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler an diesem Donnerstag im

Deutschen Bundestag das Ziel der Bundesregierung, bis 2022 aus der Kernkraft auszusteigen. Ohne dafür die Voraussetzungen bei der Infrastruktur zu schaffen, könne dieses Vorhaben aber nicht gelingen, sagte er. Damit die Stromversorgung in Deutschland sicher und bezahlbar bleibe, würden mehrere tausend Kilometer neue Stromtrassen gebraucht. Nur so könne künftig Strom aus erneuerbaren Energien tatsächlich zu allen Verbrauchern gelangen. Die Planungsphase soll für 36 Vorhaben von zehn auf vier Jahre deutlich verkürzt werden. Der Bundeswirtschaftsminister forderte die Bundesländer auf, sich an der Energiewende konstruktiv zu beteiligen. Er beklagte, dass die Hälfte der Länder sich eigenständig versorgen wolle und daher kaum Interesse an neuen Verteilnetzen habe. Mit dem neuen Bundesbedarfsplangesetz soll die Zuständigkeit daher auf den Bund übergehen.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs appellierte an das rot-rot-grüne Bündnis im Bundesrat, seine Blockadehaltung aufzugeben. Seit mehreren Monaten verhinderte die Mehrheit in der Länderkammer das Gesetz zur Gebäudesanierung, das ein Investitionsvolumen von 1,5 Mrd € umfasse und ältere Gebäude energieeffizienter mache. Er nannte es „scheinheilig“, dass die Mehrheit der Länder diese Möglichkeit, Energie einzusparen, blockiere.

### **Zitat:**

«Möge Gott euch vergeben, was ihr getan habt.»

(Papst Franziskus scherzhaft nach seiner Wahl zu den Kardinälen beim Abendessen im vatikanischen Gästehaus Santa Marta an diesem Mittwoch)

### **Persönliche Notizen**

#### **1. Wahlkreis und Land**

Am 3. März, direkt nach den Königsbronner Gesprächen, besuchte ich die **CDU Schrezheim**, die zu einem sehr gut organisierten Bürgerdialog eingeladen hatte. Am Montag, 4. März, besuchte ich eine starke mittelständische Firma, **Z/I Imaging Aalen**, Weltmarktführer für bild-

gebende Systeme. Am Dienstag traf ich mich mit der neuen Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Ostwürttemberg (**WiRO**) Ursula Bilger.

Ein weiterer Höhepunkt war die **Bürgerwerkstatt** der **CDU Ellwangen** am 6. März, die Ideen für die Zukunft der Vereinsarbeit und des Ehrenamts angesichts der kommenden demographischen Herausforderungen entwickelte. Am 7. März besuchte ich die **Gemeinde Dischingen** und hatte dort konstruktive Gespräche, bevor ich anschließend auf der **Kontakta Verbrauchermesse** in Heidenheim im Einsatz war. Beim Rundgang trifft man viele interessante Menschen aus der Region. Die CDU ist auf der Messe mit einem Stand vertreten - diese Standbetreuung ist eine wichtige Arbeit. Einen Zeitungsartikel zur Kontakta finden Sie [hier](#).

Am Freitag den 8. März, besuchte ich die **Abendrealschule Aalen-Ellwangen**. Die Schule hat ein sehr gutes Angebot, sucht aber noch nach Schülern. Einen Pressebericht zu diesem Termin finden Sie [hier](#). Abends, nutzte ich die Möglichkeit die **Polizeistreife in Ellwangen** zu begleiten. Solche Termine sind mir sehr wichtig, denn nur wenn man Berufe persönlich miterlebt, kann man mitfühlen und sich in die Betroffenen hineinversetzen. Die Polizisten unserer Region leisten eine wichtige und interessante Arbeit mit sehr viel Einsatz. Samstagabend besuchte ich die Hauptversammlung des **VdK Wasseralfingen**. Es war eine Interessante Veranstaltung, mit bewegenden Themen, die zeigen, dass dieser Sozialverband für Zusammenhalt und kompetenten Service steht.

Der terminlich eng geplante Samstag führte mich weiter zum **Deutsch-Türkischen Club** in Heidenheim. Hier habe ich mit den Mitgliedern über Themen im Bereich der Deutsch-Türkischen Freundschaft gesprochen. Schließlich habe ich noch an der Jahresabschlussfeier der **Malteser** in Aalen teilgenommen. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass ein gutes Jahr 2013 vor den Maltesern steht. Die Leistungsbilanz des vergangenen Jahres ist beachtlich und tolle neue Projekte stehen für die kommende Zeit an. Der Sonntagmorgen begann mit einem Grußwort bei den Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der **Eugen-Bolz Realschule** in Ellwangen. Es gilt

auch in Zukunft dieses vielfältige Schulangebot zu bewahren. Von dort aus ging es zum Gautag Eugen-Jäkle in Heidenheim-Mergelstätten. Auch hier durfte ich ein Grußwort sprechen.

Montag konnte ich an der **Landesvorstandssitzung** der CDU Baden-Württemberg teilnehmen - wir haben spannend diskutiert. Am Abend fand dann eine Podiumsdiskussion der **Kreisdiakonie** statt. Die im Rahmen des Welt-Frauen Tages geplante Veranstaltung widmete sich dem Thema Migration-Macht-Arm und Reich.

## **2. Berlin**

Am heutigen Freitag habe ich meine **47. Rede**, dieses Mal zum **Abrüstungsbericht** der Bundesregierung, gehalten. Der vorliegende Bericht der Bundesregierung zeigt, dass viele wichtige Schritte eingeleitet wurden, aber die langfristigen Ziele weiter im Auge gehalten werden müssen. Deutschland hat auf internationaler Ebene viel erreicht, aber in der Abrüstungspolitik brauchen wir weiterhin einen langen Atem. Ein Video zu meiner Rede finden Sie [hier](#).

Die Sitzungswoche vom 11. bis zum 15. März begann für mich erst am Dienstag in Berlin. Neben dem immer spannenden Austausch mit meinen Fraktionskollegen fand am Abend ein Gespräch mit der **Kreditanstalt für Wiederaufbau** (KfW) in Berlin-Mitte statt. Anschließend traf ich Patentanwälte aus dem Wahlkreis.

Der Mittwoch bestand aus spannenden Ausschusssitzungen im Bundestag. Bei einer Veranstaltung der **DIHK** hatte ich die Möglichkeit mit den Bundesministern **Rösler** und **De Maizière** über den Fachkräftemangel zu diskutieren. Ich habe dort vor allem die Rolle der Reservisten angesprochen.

Zum Schluss möchte ich noch gerne auf einen Namensartikel in der FAZ hinweisen, den ich gemeinsam mit Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen geschrieben habe. Den Artikel zur Außenpolitik in Europa finden Sie [hier](#).

Herzliche Grüße

